

⏻ Ergänzte Fassung des Beitrages zur Tarifrunde in der Papier, Pappe, und Kunststoffe verarbeitenden Industrie DRUCK+PAPIER 5/2014, Seiten 4/5

Berichte aus dem Streikalltag

September/Oktober 2014 | MICHAELA BÖHM

Tarifrunden sind die Zeit, in denen Geschäftsführer besonders ungehalten reagieren. Manche appellieren an die Beschäftigten, doch die Arbeit wieder aufzunehmen, andere schreiben an die Betriebsräte und drücken ihre Enttäuschung über die Streiks aus. Tarifrunden sind aber auch die Zeit, in denen Beschäftigte merken, dass sie sich – wenn auch kurz – der Verfügungsgewalt durch Chefs entziehen können. Dass sie es sind, die Produktionen verhindern und dafür sorgen können, dass Aufträge verspätet ausgeliefert werden. Um ihre Forderungen nach mehr Geld durchzusetzen.

Bischof + Klein in Lengerich: Maschinen abgestellt

Rund um die Uhr werden bei Bischof + Klein in Lengerich Kunststofffolien hergestellt. Tagsüber und nachts, am Wochenende und an Feiertagen. Ausnahmen gibt es allenfalls über Ostern und Weihnachten bis zu Neujahr. Das passiert aus gutem Grund: Sind die Extrusionsmaschinen, mit denen die Folien hergestellt werden, erst einmal abgestellt, dauert es mehrere Stunden, bis sie wieder richtig produzieren können. Für die Firma ist das Leerlauf, der kein Geld bringt, sondern kostet. Deswegen laufen die Maschinen fast immer rund um die Uhr.

Außer in der Tarifrunde. Um für die zweite Verhandlungsrunde am 17. September Druck auf die Arbeitgeber zu machen, streikten die Beschäftigten bei Bischof + Klein im nordrhein-westfälischen Lengerich. Erstmals beteiligten sich auch die rund 100 Kollegen aus dem Extrusionsbereich. Alle Schichten haben sich an den jeweils zweistündigen Warnstreiks beteiligt. »Bei ihnen herrscht ohnehin große Unzufriedenheit, weil die Produktionsschichten immer knapp besetzt sind«, erklärt Torsten Hunsche, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender. »Wenn schon am Personallimit gefahren wird, wollen sie zumindest besser bezahlt werden.« Also stellten sie zehn der elf Blasfolienextruder und drei der vier Gießfolienextruder ab. Zwei Anlagen produzierten nach Absprache mit der betrieblichen Streikleitung weiter. Die Maschinen standen von Sonntagnacht um 4 Uhr bis Dienstagfrüh um 6 Uhr. Nichts ging mehr. Und auch danach war Geduld angesagt, schließlich brauchen die Maschinen Zeit, um sie aufzuheizen und wieder anzufahren.



Foto: Jürgen Seidel

Höhn in Ulm: Soli-Streik in der Druckerei



Foto: Joachim E. Röttgers

Es ist der 29. September, morgens um 4.30 Uhr: Die ersten Streikenden stehen vor dem Werkstor von Höhn in Ulm. Für sie geht es um noch mehr als die von ver.di geforderten 5,5 Prozent mehr Lohn, Gehalt und Auszubildendenvergütung. Es geht um ihren gesamten Tarifvertrag. Denn für die Beschäftigten von Höhn Displays und Verpackungen gilt die Tarifbindung nur bis Ende des Jahres und auch nur deshalb, weil sie in den beiden vergangenen Jahren auf die Hälfte ihres Weihnachtsgelds verzichtet haben. Sie wollen endlich Sicherheit. Doch Höhn ist nur Mitglied im Arbeitgeberverband, wendet aber den Tarifvertrag der Papierverarbeitung nicht an. Ganz ohne Tarifvertrag sind die rund 40 Beschäftigten der Druckerei. Ein Viertel von ihnen folgt dem Solidaritätsaufruf von ver.di und streikt mit. Die Folge: Drei der vier Druckmaschinen stehen still. »Das war ein außerordentlich mutiger Schritt«, sagt Karin Hoffmann, stellvertretende Betriebsratsvorsitzende bei Höhn Displays und Verpackungen in Ulm. Sie ist sich sicher, dass beim nächsten Mal noch mehr Kolleg/innen der Druckerei dem Solidaritätsaufruf folgen werden. Im Streiklokal treffen sich um die 100 Kollegen und Kolleginnen, von Displays und Verpackungen sowie aus der Druckerei, denn ihr Ziel ist das gleiche: Die Firma Höhn soll künftig für alle vier Betriebe den Tarifvertrag der Papierverarbeitung anwenden.



Smurfit Kappa in Feucht: Das Lohnbüro schreibt auf



Foto: Barbara Schneider

Die Wellpappenanlage steht still, auf dem Hof reihen sich die LKW hintereinander, außer zwei Verarbeitungsmaschinen läuft nichts mehr. Streik bei Smurfit Kappa im mittelfränkischen Feucht. Bei all dem Durcheinander, das eine stillgelegte Produktion nach sich zieht, herrscht dennoch Ordnung: Eine Mitarbeiterin des Lohnbüros gesellt sich zu den Streikenden und schreibt ihre Namen auf.

Mehr als ein Drittel der rund 100 Beschäftigten haben am 1. Oktober zur dritten Verhandlungsrunde für zweieinhalb Stunden über beide Schichten hinweg die Arbeit niedergelegt. Unter ihnen viele, die keine Gewerkschaftsmitglieder sind. »Die Stimmung im Betrieb ist mies, seitdem Smurfit Kappa vor ein paar Jahren die übertarifliche Prämie gestrichen hat«, sagt Eduard Fiegl, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender. Der Verlust der Prämie bedeute 20 Prozent weniger Lohn.

C.H. Beck in Nördlingen: 24-Stunden-Streik

Wäre C.H.Beck eine Wurst, dann tut die Verlagsleitung in München und die Nördlinger Geschäftsleitung seit Jahren nichts anderes, als Stück für Stück davon abzuschneiden. Das Management führt Leiharbeit ein, vergibt Arbeit an Fremdfirmen und bugsiert die Beschäftigten aus dem Tarifvertrag. Das passiert mit der klassischen Salamitaktik: Um nicht die komplette Belegschaft gegen sich aufzubringen, picken sich Verlags- und Geschäftsleitung immer einzelne Abteilungen heraus. Ohne das große Ziel aus den Augen zu verlieren: ohne Tarifbindung und mit schlecht bezahlten Arbeitskräften zu Lasten der Belegschaft die Kosten zu drücken.

Jetzt trifft es erneut die Buchbinderei. Die Geschäftsleitung kündigte an, die Zeitschriften-Adressierung ab 1. November und die Sammelheftung ab 1. Januar nächsten Jahres über einen Werkvertrag an eine Fremdfirma zu vergeben. Damit wird die komplette Weiterverarbeitung und Produktion der rund 50 verlagseigenen Zeitschriftentitel ausgelagert. Davon sind rund zehn Kolleginnen und Kollegen betroffen. Sie werden zwar in der Druckerei des Verlags weiter beschäftigt; und auch die Sammelheftung und Adressierung bleiben weiterhin unterm Dach des Verlags, aber »eben mit deutlich billigerem Personal«, fürchtet Rudi Kleiber von ver.di. Und ohne Tarifvertrag.

Denn die etwa 90 Beschäftigten in Buchbinderei und Versand sind noch die einzigen der rund 360 Beschäftigten der Druckerei C.H. Beck in Nördlingen, für die ein Tarifvertrag gilt. Auf Druck der Verlags- und Geschäftsleitung mussten sie 2008 aus dem Tarifvertrag der Druckindustrie in den der Papierverarbeitung wechseln. Um den Lohnverlust aufzufangen, wurde damals zwischen ver.di und der Druckereileitung ein Überleitungstarifvertrag abgeschlossen, der bis Ende 2015 den Besitzstand absichert.

Dass Teile aus der Buchbinderei nun an eine Fremdfirma vergeben werden, hat mit dazu beigetragen, dass sich die Beschäftigten der Buchbinderei und des Versands mit 24 Stunden an den Streiks zur dritten Verhandlungsrunde für Lohnerhöhungen beteiligten. »Die Stimmung unter den Kollegen ist mies«, sagt Rudi Kleiber. Zumal in der Buchbinderei seit längerem bereits Leiharbeiter eingesetzt werden. Inzwischen wurde die Betriebsvereinbarung zur Leiharbeit durch den Betriebsrat gekündigt.

2011 hatte sich die Verlags- und Geschäftsleitung in der Druckerei, der Setzerei, der Druckerei und der Verwaltung des Tarifvertrags entledigt. Dort wurden Kollegen und Kolleginnen, eingeschüchtert durch Anrufe zu Hause und bei Ehepartner/innen, dazu gebracht, Einzelverträge mit schlechteren Konditionen als im Tarifvertrag zu unterzeichnen (wir berichteten). Rudi Kleiber von ver.di fürchtet, dass die Auslagerung von Sammelheftung und Adressierung nicht der letzte Schritt ist, sondern demnächst die komplette Setzerei und der Bereich e-Medien in eine tariflose Firma ausgegliedert werden sollen.

DS Smith Arenshausen: Die Zeit war reif



Foto: Monika Heilensritter

Es ist Jahre her, dass die Belegschaft von DS Smith im thüringischen Arenshausen gestreikt hat. Jetzt war es wieder so weit. Zur dritten Verhandlungsrunde am 1. Oktober streikte ein Drittel der 185 Beschäftigten für zwei Stunden. Nicht nur Gewerkschaftsmitglieder, auch Nicht-Organisierte stellten die Maschinen ab und gingen vors Tor. »Vielen hat man den Stolz angemerkt, den Schritt gemacht zu haben«, sagt Betriebsratsvorsitzender Ingo Heise. Die Zeit sei jetzt reif gewesen. Neben DS Smith Packaging in Arenshausen beteiligten sich aus den neuen Bundesländern auch Braun Pharmadruck in Bitterfeld und Smurfit Kappa in Delitzsch an den Streiks.



Geschäftsführer über Streik persönlich enttäuscht

In elf Smurfit Kappa-Werken haben Beschäftigte die Arbeit niedergelegt. Damit zeigen sie, dass sie hinter der ver.di-Forderung von 5,5 Prozent mehr Lohn, Gehalt und Auszubildendenvergütung stehen. Bereits kurz nach der zweiten Verhandlungsrunde mailte Smurfit Kappa-Geschäftsführer Boris Maschmann einen Brief an alle Betriebsratsvorsitzenden der Werke. »Er hat uns mitgeteilt, dass er persönlich enttäuscht davon ist, dass die Kollegen und Kolleginnen dem Aufruf von ver.di zum Streik gefolgt sind«, berichtet ein Betriebsrat. Maschmann zeigte kein Verständnis dafür, dass trotz des Arbeitgeberangebots bereits nach der ersten Verhandlungsrunde gestreikt wurde. Der Geschäftsführer hatte, so der Betriebsrat, weiterhin darauf aufmerksam gemacht, dass sich Smurfit Kappa an Tarifverträge halte, im Gegensatz zu Konkurrenten, die schlechter zahlten, von Streiks aber verschont blieben. Auf Antwort musste Boris Maschmann nicht lange warten. Die kam direkt von ver.di.

Würde Smurfit Kappa tatsächlich unverhältnismäßig belastet werden, wenn sich ver.di mit seiner Forderung durchsetzt? Nein, findet Andreas Fröhlich. Da die Personalkosten am Umsatz der Branche insgesamt nur 15 Prozent ausmachen, würden das geforderte Plus von 5,5 Prozent den Lohnkostenanteil lediglich um einen Prozentpunkt steigen lassen.



Foto: Mathias Thurm

Ist das Angebot des Arbeitgeberverbandes tatsächlich so passabel gewesen, dass Streiks nicht angebracht waren? Nein. Die Beschäftigten würden im Vergleich zu anderen Branchen von der allgemeinen Lohnentwicklung abgehängt, sollte es nach dem Willen der Arbeitgeber gehen.

Ist es tatsächlich unverhältnismäßig, mit Streiks zu reagieren? Nein. Tarifverhandlungen ohne das Recht zu streiken, wären nichts anderes als »kollektives Betteln«. Das hatte das Bundesarbeitsgericht 1984 festgestellt.